PLATTFORM NEWS

PN 3/11

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) DEZ 2011/JÄN 2012 · EURO 2,–

Plage braucht Platz S. 6
Plage bietet Posten S. 7

Frankreich: Bürger als Strahlen-Detektive

Radioaktive Blitzableiter?

PLAGE-Anfrage an Landesregierung

Das Problem mußte es keineswegs auch in Österreich geben: So wie hier Feuermelder seit langem nicht mehr mit radioaktiven Substanzen funktionieren, in manchen Staaten hingegen zum Teil noch immer. Vorbeugen ist aber bekanntlich allemal besser als heilen. Daher informierte die PLAGE die Umweltabteilung des Landes Salzburg und die Landtagsfraktionen über die Initiative INAPARAD (Inventaire National des Paratonnerres Radioactifs), die von Bürgern in der Region um Toulouse in Südfrankreich ausgegangen ist.

Schon 450 strahlende Blitzableiter aufgespürt

Heute dürfen in Frankreich radioaktive Blitzableiter *(parads)* nicht mehr hergestellt und gehandelt werden. Doch noch immer bedrohen rund 40.000 Exemplare davon die Gesundheit lebender Organismen von den Dächern herab, auf denen sie aufgepflanzt sind. Sie enthalten Radium-226 oder Americium-241. Diese Geräte – von denen nie ein Verzeichnis angelegt wurde – werden schadhaft, und ihre an sich versiegelten Strahlenquellen finden sich schließlich oft „auf freier Flur“ wieder. Die Zwischenfälle mit *parads,* von denen die ältesten nach dem 1. Weltkrieg installiert wurden, häufen sich.

Seit im heurigen Frühjahr der erste Artikel darüber in der Zeitschrift des französischen Atomgegner-Netzwerks Réseau Sortir du Nucléaire (RSN) erschien, wurden 70 freiwillige „Blitzableiter-Jäger“ in ganz Frankreich aktiv. Sie wirken mit an der Erstellung eines landesweiten Inventars strahlender Blitzableiter. Eine Aufgabe übrigens, vor der die Staatliche Agentur für Atommüllmanagement (Agence nationale de gestion des déchets radioactifs / ANDRA) kapituliert hatte!... Fazit: in den vergangenen paar Monaten sind in Frankreich bereits 450 *parads* entdeckt worden! Manche davon befanden sich in äußerst schlechtem Zustand.

Seit 19 Jahren im Wohnzimmer

Ernste Zwischenfälle konnten so gerade noch verhütet werden. Insbesondere, als INAPARAD auf die Annonce einer Privatperson im Calvados (Normandie) stieß. Der Mann bot im Internet ein Gerät der Marke Hélita, bestückt mit dem radioaktiven Isotop Americium-241, an. Er hantierte damit mit bloßen Händen und hatte es in völliger Unkenntnis der Risiken... seit 19 Jahren zuhause im Wohnzimmer! Auf Ersuchen von INAPARAD machten Einsatzkräfte der mobilen Strahlenschutztruppe der Department-Hauptstadt Caen das Gerät unschädlich. Die unmittelbar am Gerät gemessene Dosisleistung erreichte 60 Mikrosievert pro Stunde (Sv/h). Mit einer solchen Strahlenexposition ist die für Monsieur und Madame zugelassene Jahresdosis in weniger als 20 Stunden überschritten.

Fortsetzung Seite 3

Solarpionier Ing. Franz Niessler geehrt

Ein schöner Anlaß, ein schönes Datum! Am 11.11.11 hat die Burgenländische Landesregierung dem Elektrotechniker und Solarpionier Ing. Franz Niessler aus Reisenberg in NÖ aufgrund seiner besonderen Verdienste um das Burgenland das Verdienstkreuz des Landes verliehen. Nicht lange zuvor erhielt Niessler, einer der Gründer des Vereins EUROSOLAR AUSTRIA (www.eurosolar.at), von Ö Plus, einem Netzwerk für „Zivilcourage, Verantwortung, Toleranz, Glaubwürdigkeit und aktive Demokratie“, auch den österreichischen Zivilcourage Award.
Denn Franz Nießler kämpft seit fast einem halben Jahrhundert für den Ersatz fossiler Energieträger durch nachhaltige, erneuerbare Energiequellen. Im Zuge dessen seit Zwentendorf-Zeiten auch gegen die Atomenergie.
Seine ausdauernden und befruchtenden Bemühungen, Österreich in die Energieautarkie zu führen, dieser Kampf um eine bessere, saubere Welt haben auch Neider und Gegner auf den Plan gerufen. Man hat versucht, Franz Nießler zu kaufen. Man hat ihn mit dem Tode bedroht. Man hat seinen Namen auf diverse „schwarze Listen“ gesetzt. Doch den zähen und schlagfertigen Franz Nießler unterzukriegen gelang seinen Gegnern nicht.
Die PLAGE gratuliert dem streitbaren, nicht immer bügelleichten Franz Nießler zu seinem nun schon mehrfach ausgezeichneten Lebenswerk!

Ing. Franz Nießler hier genau in der Mitte zwischen den Preisträgern des Solarpreises 2011. In der Kategorie 2 erhielten diesen GF Ing.Mag. Johann Wachtler und GF Ing. Wolfgang Trimmel von Austrian Windpower (AWP).

hot spots

INTERNATIONAL

Zuvor schon Belgien. Und Österreich?

Costa Rica ächtet Uran-Munition

Vor zehn Jahren, gegen die irakischen Truppen im Golfkrieg 1991, setzten die USA erstmals Uran-Munition in großen Mengen ein. Großbritannien ist der zweite Hauptnutzer. Heuer nun hat Costa Rica als weltweit zweites Land ein Verbot dieser radioaktiven Munition beschlossen. Das Gesetz vom April 2011 verbietet Produktion, Gebrauch, Handel, Transport und Aufbewahrung der mit abgereichertem Uran (depleted uranium, DU) gehärteten Geschosse.
***Abgereichertes** Uran fällt in großen Mengen bei der **Anreicherung** von Uran-235 in der Kernbrennstoffproduktion an. Der kriegerische Vorteil von DU-Geschossen: sie können gepanzerte Fahrzeuge durchbohren. Die Munition entzündet sich sodann im Innenraum. Die Panzerbesatzung verbrennt. Der Panzer explodiert. Unzählige radioaktive, giftige Mikroteilchen werden in die Luft geschleudert. Später setzen sie sich auf dem Erdreich ab.*
Eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen erzeugt der radioaktive Staub der verschossenen Uranmunition schwerste Erkrankungen, Krebs, Erbgutdefekte und Mißbildungen bei Neugeborenen, so die Erfahrungen von irakischen, deutschen und amerikanischen Ärzten. Auch die Soldaten, die die Uran-Waffen einsetzen, sind zwangsläufig dem strahlenden Staub ausgesetzt und von dessen Folgen betroffen. (Nach: Strahlentelex, 3.11.2011)

Aktion!

Die PLAGE übermittelt den Strahlentelex-Artikel an die Fraktionen im Nationalrat. Was Costa Rica sich traut, wird sich wohl Österreich ebenso trauen? Zumal auch die gern gebrauchte Ausflucht „nur im EU-Verbund“ wegfällt: EU-Mitglied Belgien war mit dem DU-Verbot noch früher dran als der südamerikanische Staat!

INTERNATIONAL

Korrupter Minister in Tschechien hebelt EEG aus

In Tschechien musste im November Industrieminister Martin Kocourek wegen Korruption zurücktreten. Während seiner Zeit als Aufsichtsratsmitglied beim halbstaatlichen Stromkonzern CEZ soll Kocourek Schuldscheine im Wert von fast 700.000 Euro angenommen haben. Es ist also gut und richtig, dass der Minister zurücktreten musste. Die politischen Schäden, die er bis zu seinem Rücktritt angerichtet hat, bleiben aber bestehen. Am Tag vor seiner Entlassung(!) wurden auf sein Drängen hin das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Tschechien abgeschafft und flächendeckend die bestehenden Verträge von EE-Anlagenbetreibern mit den Netzbetreibern aufgehoben, trotz bisher gültiger langjähriger Garantien. Gleichzeitig kündigte Kocourek ein riesiges Atomprogramm an. Darin ist vorgesehen, dass nach 2030 keine einzige Wind- und Solaranlage mehr in Tschechien stehen soll.
Wie die Radioaktivität kennt auch die Verbildetheit ihrer eingefleischtesten Verfechter keine Grenzen. Sowohl charakterlich als auch in Argumentation und Politik sind sie zu allem fähig. Man braucht nur – neben Kocourek – an Figuren wie Berlusconi und Putin zu denken. Oder an Sarkozy, Beiname: „Der sich den Diktatoren anbiedert“ – solange diese an der Macht sind (Libyens Gadhafi)...

(Nach: Infobrief Hans-Josef Fell MdB, Energiesprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, 11.11.2011)

Radiumhältiger Lack auf Wohnbauten

Fortsetzung v. S. 1

Mitte Juli werden vier verdächtige Blitzableiter auf Genossenschaftswohnblöcken in Limoges (Hauptstadt der Region Limousin, Südwestfrankreich) ausgemacht. Es sind Geräte, die im Katalog der ANDRA nicht aufscheinen. Die Recherchen INAPARADs haben in Belgien Erfolg. Die Antwort kommt von Erick Verbeeck, der bereits seit 1982 „Jagd“ auf *parads* macht. Von ihm hat die Gesetzgebung ihren Ausgang genommen, die in seinem Land diese Apparate regelt. Laut Verbeeck handelte es sich um Kaptons, von der belgischen Firma Hormans Souply hergestellte Blitzableiter. Diese sollen die gefährlichsten sein, die je in Europa produziert wurden. Das in ihnen enthaltene Radium ist mit einem Lack vermischt, von dem übereinander angeordnete Scheiben überzogen sind. Die Scheiben rosten, und der Lack verteilt sich letztlich auf den Dächern und im Regenabwasser.

INAPARAD hat an Ort und Stelle in Gegenwart eines Verantwortlichen des Amtes für Sozialen Wohnbau die Strahlung gemessen. In fünf Metern Entfernung von den Blitzableitern zeigte das Radex-Meßgerät bereits eine Dosisleistung von 0,60 MikroSv/h – der Beweis, daß – trotz den starken Regenfällen tags zuvor – die Dächer kontaminiert waren. In einem Meter Abstand stand das Meßgerät an seiner Obergrenze bei 9,99 MikroSv/h an. Ein von der Atomsicherheitsbehörde ASN befugtes Unternehmen montierte bald danach die Blitzableiter ab.

Anfang August ds. J. teilt ein freiwilliger *parad*-Detektiv, der im Großraum von Nancy (Lothringen) sein „Unwesen“ treibt, INAPARAD mit, daß im Zuge der Renovierung eines Studentenwohnheims in Villiers-lès-Nancy ein Blitzableiter verschwunden war. Die Vermutung lag nahe, daß ihn ein TV-Antennentechniker ohne Vorsichtsmaßnahmen abgenommen hatte. Nach kurzer Recherche wurde er im Lager eines Alteisenhändlers aufgefunden. In Anbetracht der Tatsache, daß Bauherr und Baustellenleitung auf die Risiken im Zusammenhang mit Blitzableitern hingewiesen worden waren, erfolgte eine Anzeige der Atomsicherheitsbehörde wegen eines „Zwischenfalls“ [mit radioaktiver Substanz].

Diese paar Beispiele zeigen in den Augen von INAPARAD, wie nützlich diese Bestandserhebung durch initiative Bürger ist. Aber auch, welch riesige Arbeit noch vor ihnen liegt. Nun, die bisherigen Ergebnisse dürften immerhin weitere freiwillige *parad*-Detektive zu Nachforschungen animieren!

PLAGE-Aktion 1!

Die PLAGE hat den Bericht des Réseau Sortir an die Umweltabteilung im Amt der Salzburger Landesregierung übermittelt. Die Überlegung dabei: würden strahlende Blitzableiter in Salzburg entdeckt, drängte sich auf, vom Umwelt- oder Gesundheitsministerium eine österreichweite Erhebung zu fordern. Und dann auch die Abfallproblematik zu klären („Entsorgung“ ins österreichische Zwischenlager für schwach- und mittelaktive Strahlenabfälle in Seibersdorf?) Auch die Landtagsfraktionen erhielten den Bericht, zumal LT-Abgeordnete in ihrem Bezirk vielfach in engem Kontakt mit der Feuerwehr sein dürften und Feuerwehrleute vielleicht überhaupt die Personengruppe sind, der solche Blitzableiter am ehesten auffallen. Würden andererseits in Salzburg keine entdeckt, bedeutete dies wohl Entwarnung für ganz Österreich.

Im Auftrag von Landesrat Walter Blachfellner erkundigte sich die Umweltabteilung umgehend beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung V/7 – Strahlenschutz. Deren Leiter, Dr. Viktor Karg, antwortete bald darauf, daß es laut "unseren einschlägigen Experten (...) diese Blitzableiter anscheinend in Österreich nicht gibt. Das Thema ist zwar in Fachkreisen nicht unbekannt, aber es ist noch kein solches Gerät im Land aufgetaucht. Soweit feststellbar, wurden diese Blitzableiter vorwiegend in Westeuropa verkauft, und auch dort wegen des hohen Preises nur selten.“

Damit dürfte die Sachlage in Österreich zuverlässig geklärt sein. Gut, wenn wir eine Strahlenproblematik weniger haben!

Aktion 2:

Sollten PN-Leser/innen wider Erwarten von strahlenden Blitzableitern hierzulande Kenntnis haben, würde es sich lohnen, eine ähnliche Bürgeraktion zu starten wie INAPARAD in Frankreich. Melden Sie Ihre etwaigen Beobachtungen bitte dem PLAGE-Büro: info@plage.cc, 0662-643 567.

Straßburg:
Strahlenzeichen am Fuß der Kathedrale

Fünf elsässische Aktivistengruppen haben sich mit einer ungewöhnlichen Aktion in der elsässischen Hauptstadt am frankreichweiten „Tag gegen die Atomenergie“ am 15. Oktober beteiligt, indem sie ein schwarz-gelbes Riesen-Kleeblatt, das Symbol für Radioaktivität, aus dem Vorplatz des gothischen Münsters haben wachsen lassen. Weitere Kundgebungen fanden in vielen Städten Frankreichs statt, die größte davon in der bretonischen Hauptstadt Rennes mit rund 15.000 Teilnehmer/inne/n. Mit dabei waren prominente französische Atomgegnerinnen, neben Cécile Duflot, der Vorsitzenden der Grünen (EELV), und deren Präsidentschaftskandidatin, der Richterin Eva Joly, sah man Corinne Lepage, ehemalige Umweltministerin unter dem konservativen Premier und Atom-Totalbefürworter Jacques Chirac. Aus dieser Zeit kennt Lepage wie wenige andere atomkritische Politiker die Verflechtungen, Lobbymethoden und Kulissenpfade, über die die französische Atomwirtschaft auf die Politik seit eh und je Einfluß nimmt. Zugleich ist sie Chefin einer Anwaltkanzlei, die auf Umweltvergehen spezialisiert ist und beispielsweise den jahrelangen Prozeß um Entschädigung für die Opfer der „Erika“-Ölpest gewonnen hat. Der Öltanker „Erika“ war 1999 vor der bretonischen Küste zerschellt. Lepage fügte diese Niederlage vor Gericht einem der größten Ölkonzere der Welt, Total (früher: TotalFinaElf), zu. So weiß sie auch, wie man sogar stärksten Lobbies zusetzen kann. Ihr noch vor Fukushima begonnenes neues Buch *La vérité sur le nucléaire: Le choix interdit** ist eine messerscharfe, kompromißlose Abrechnung mit der rückwärtsgewandten Atom- und Energiepolitik ihres Landes. Das Buch kam wie gerufen für die Auseinandersetzung, die auch in Frankreich nach dem japanischen Mehrfach-SuperGAU ausgebrochen ist, so stark wie seit den 1970er Jahren nicht mehr. Risse erstmals bis ins staatliche Establishment hinein nagen an *le tout-nucléaire,* also einer Energiepolitik, die alles auf die atomare Karte setzt. Und die ein mitentscheidender Faktor im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2012 ist.

**Corinne LEPAGE: „Die Wahrheit über die Atomkraft: Man ließ uns keine Wahl“ (Übersetzung d. Red.).*

Frankreich: Nationalversammlung und Senat empfehlen eine Reduzierung des Anteils der Kernenergie am Energiemix auf 50% bis 60% bis 2050

Das Parlamentarische Amt für die Bewertung wissenschaftlich-technologischer Entscheidungen (OPECST) legte am 15.12.2011 seinen Abschlussbericht „Die Zukunft der Elektrizitätserzeugung mittels Kernenergie in Frankreich" vor.
Die Autoren, Fachleute und Abgeordnete, betonen, dass die Entscheidung über energiepolitische Optionen jeweils von den „spezifischen nationalen Bedingungen und von den einschlägigen historischen Abläufen" eines Landes abhänge. So verfüge Frankreich – im Gegensatz zu Deutschland (Braunkohle) – praktisch über keinerlei energierelevante Bodenschätze. (Anm.d.Red.: Frankreich verfügt im Gegenteil sogar über erhebliche – stillgelegte – Steinkohlegruben. Gegenüber dem Weltmarktpreis müßten sie subventioniert werden – so wie eben auch Deutschland seine Braunkohle subventioniert.) Somit schlägt der Parlamentsbericht eine schrittweise Verringerung der Kernenergieerzeugung bis 2050 vor. Dabei gehen die Autoren von 50 Jahren Laufzeit eines KKW der 2. Generation (Leistung i.d.R. 900 MW) aus. 50% dieser heutigen Reaktoren sollen nach dem Ende ihrer Laufzeit durch einen Reaktor der 3. Generation (EPR, 1600 MW) ersetzt werden. Das bedeute, dass im Jahr 2050 etwa 30 EPR die Erzeugung von 50% bis 60% der französischen Stromerzeugung übernehmen würden. Für 2100 werden 30% Atomstromanteil anvisiert. Zum Vergleich mit heute: 2011 lag der Prozentsatz der mittels Kernenergie erzeugten Elektrizität in Frankreich noch zwischen 75% und 80%. Im Bericht geht es auch um die Weiterentwicklung der KKW der 4. Generation – das wäre die Wiederauferstehung der gescheiterten „Schnellen Brüter“/Plutonium-Reaktoren –, sowie um die Kernfusion. Beides Atomentwicklungsprogramme, die maßgeblich von EURATOM gefördert werden.

(Quelle: Wissenschaft-Frankreich Nr. 217 (2012), Frz. Botschaften in Deutschland & Österreich - Abteilung für Wissenschaft und Technologie)

Département Aude:
Unabhängig mit Erneuerbaren – in Frankreich?

2010 haben die Windräder im südfranzösischen Département Aude 664 Gigawattstunden (GWh) Strom geliefert, was 37% des Stromverbrauchs des Départements entspricht. Zugleich hat sich damit die Windkrafterzeugung in diesem Distrikt nahe der spanischen Grenze innerhalb eines Jahres verdoppelt. Zusammen mit den 300 GWh Wasserkraft und dem mit 44 GWh ebenfalls stark angestiegenen Sonnenstrom decken die Erneuerbaren (EE) bereits mehr als die Hälfte des Bedarfs im Département. Sie könnten ihn rasch vollständig decken, insbesondere wenn Anstrengungen zum sparsamen Umgang mit Energie unternommen würden.

(Quelle: La Dépêche du Midi, 12.10.2011

Elektro-Hypersensible:
Ruf nach „Weißen Zonen“

In Frankreich ist die Bewegung gegen Handymasten und ähnliche elektromagnetische „Segnungen“, mit denen die Menschen dort wie hier von der Industrie ohne vorherige Technikfolgendebatte und ohne demokratische Entscheidungen „beglückt“ wurden, relativ stark. Neben dem Unabhängigen Forschungs- und Informationszentrum für elektromagnetische Strahlung (Criirem) mit Sitz in Le Mans gibt es den Verein Une terre pour les EHS (Platz für E-hypersensible Menschen). Laut diesem betrifft die Überempfindlichkeit gegen elektromagnetische Felder eine wachsende Zahl von Personen. Mindestens 1.000 eindeutige Fälle sind in Frankreich bisher erfaßt. Die Jännerausgabe der Zeitschrift Silence schildert einige solche Fälle.
Im bestehenden Umfeld wuchernder Geräteproduktion und -verwendung einerseits und einer fast tatenlos zuschauenden Politik andererseits können, so die interessante Sichtweise des Silence-Artikels, die „Elektro-Hypersensiblen“ so etwas wie „die sichtbare Spitze eines noch kaum erforschten Eisbergs von Gesundheitsfolgen sein“. Man müsse sich vor Augen halten: die elektromagnetische Umwelt umgibt uns heute so, wie der Sauerstoff – und nichts anderes – unsere Vorfahren umgab. Aus diesem Bewußtsein ist in Frankreich der Ruf nach E-smogfreien Zonen lautgeworden.

3. November 2011

GRÜNEN-Chefin trifft Umweltvertreter in Salzburg

Treffen im Naturschutzbund Salzburg: (v.l., stehend): Gemeinderat Bernhard Carl (Bürgerliste/GRÜ), Hannes Augustin, Birgit Mair-Machart*, Eva Glawischnig, Hans Kutil*, Peter Haibach (Salzburger Verkehrsplattform), Ingrid Hagenstein*; (kniend) Heinz Stockinger (PLAGE).*

Eva Glawischnig und der Geschäftsführer der Salzburger Landes-Grünen, Rudi Hemetsberger, zeigten sich von der eineinhalbstündigen *Tour d'horizon* mit Vertreter/inne/n der hiesigen Umwelt"szene" ebenso angetan wie diese. Für die PLAGE fragte Heinz Stockinger insbesondere nach, was die Bundesgrünen in puncto EURATOM vorhaben. Eva Glawischnig hatte ja kurz zuvor dank einem den Grünen in Brüssel zugespielten vertraulichen Strategiepapier die österreichische Öffentlichkeit von einer angesichts Fukushimas nicht mehr zu überbietenden Ungeheuerlichkeit von EU-Energiekommissar Günther Öttinger informiert: Ausstiegswillige EU-Staatem sollen künftig die Atomstaaten fragen müssen, ob und wie sie aussteigen dürfen! Laut Grünen-Chefin drücken sich die Bundesregierung und deren Parlamentsmehrheit wieder einmal vor einer klaren Ablehnung und besonders vor unmißverständlichem Handeln gegenüber der EU-Kommission bzw. den Regierungen Frankreichs usw., die hinter Öttingers Plan stehen. (Näheres dazu folgt in PN 1/2012.)

* Vertreter/innen des Naturschutzbundes (ÖNB), Landes- und Bundesebene

18. November 2011

Ein Vierteljahrhundert PLAGE – ein rundes Fest

... mit 30 Helfer- und Sympathisant/innen beim „Bärenwirt" in Salzburg-Mülln war es, von leichter und zugleich irgendwie inniger, in die Tiefe gehender Stimmung. Was wohl damit zu tun hatte, daß Obmann Heinz Stockinger neben Launigem auch Ernstes bis Bedrückendes gerade des vergangenen Jahres ansprach, von zermürbenden Auseinandersetzungen um die Sinnhaftigkeit des EURATOM-Volksbegehrens über den plötzlichen Tod persönlich oder der PLAGE Nahestehender bis natürlich zum massiven Bündel vielfältigsten negativen und positiven Drucks, den die Atomkatastrophe von Fukushima mit sich brachte. Das erleichterte es vielleicht anderen, ebenfalls neben Witz und Gaudi Nachdenkliches nicht zu scheuen, was dem Fest einen besonderen Gehalt, ein inneres Band verlieh. Bürgerlisten-Klubobmann Helmut Hüttinger hielt seinerzeit eine sehr persönliche Rückschau. Er, der mit seiner Familie als junger Vater gegen die WAA Wackersdorf und auf allen folgenden Etappen mit dabei war, insbesondere auch als Rechtsanwalt der PLAGE in Atomangelegenheiten (Temelin-Schadenersatzvoranmeldung usw.). Ein andermal als erfahrener Alpinist beim Montieren von Riesentransparenten in steiler Bergwand über der Sommervilla Kanzler Helmut Kohls am Wolfgangsee oder am Mönchsberg über der Salzburger Altstadt vor Festspiel- und Touristenpublikum aus aller Welt.
Schade, daß manche nicht dabeisein konnten, die's gern gewesen wären, etwa dieser hier:

Hallo Heinz,
wäre wirklich gestern gerne mit dabei gewesen. Aber der Bärenwirt ist für mich nicht gleich um ein paar Häuserecken, wo ich mit dem Fahrrad hinfahren kann.
Ihr werdet bestimmt auch ohne mich großen Spaß gehabt haben. Was waren wohl die anderen drei Anlässe zum Feiern? Du darfst den Aufsichtsratsposten bei EON übernehmen, weil der Altbundeskanzler Schüssel in Pension geht? Der Nachwuchs der PLAGE-Mütter gegen Atomgefahren ist inzwischen auch schon schwanger geworden? Bis gestern war es noch geheim, daß Josef Ackermann deshalb die Deutsche Bank verläßt, weil er Mitglied bei der PLAGE werden möchte?*

PLAGE TAGE BUCH

Er träumt davon, mit seiner Expertise im Derivatenhandel der PLAGE dienlich werden zu dürfen, indem er die Stiftungsgelder gewinnsicher anlegt in Papieren, welche den Index des zunehmenden Atommülls nachbilden?
Oder ist es einfach der Umstand, daß Du als frischer Pensionär das Leben neu entdeckt hast und keinen Anlaß mehr siehst, Dich über windige Politiker zu ärgern?
*Gruß - Wilhelm***

* Die Rätselfrage hatte in der Einladung gestanden...

** Wilhelm Lukarsch, Magister der Künste, war mit Heinz Stockinger bereits 1977-80 im Salzburger Anti-Zwentendorf-Komitee und dann immer wieder, insbesondere gegen die WAA Wackersdorf, atomkritisch aktiv. Mehrere Jahre Bühnenbildner der Elisabethbühne – heute Schauspielhaus Salzburg – zeichnete er für manches besondere Transparent verantwortlich. Der zünftige Freigeist hat sich vor einiger Zeit nach Baumeisterprüfung im Burgenland niedergelassen, blieb der PLAGE aber als Mitglied erhalten.

PLAGE TAGE BUCH

März – Nov. 2011

Interviews über Interviews...

...im ORF Salzburg, mit einem Bayerischen Radiomacher und einer Soziologiestudentin aus München, zusammen mit Salzburgs damaligem Bürgermeister Josef Reschen über den hiesigen Widerstand gegen die WAA Wackersdorf, für Tages- und Gratiszeitungen... Manchmal kommen innerhalb weniger Tage gleich drei Anfragen wegen Interviews für Seminar-, Diplom- oder Doktorarbeiten daher. Etwa von einer Studentin, die ihre Masterarbeit über die Frage macht, welche Motive Engagierte antreiben; vom Autor eines Artikels zum 100. Geburtstag des vor einigen Jahren verstorbenen Robert Jungk („Der Atomstaat“, „Heller als tausend Sonnen“...) und zu dessen Wirken in Salzburg; u.a.m. Bisweilen wird es schwierig, neben all den politischen und organisatorischen „Baustellen“ zeitlich damit zurechtzukommen.

Großzügigkeit, die einen fast betroffen macht!

Gesendet: Freitag, 18. November 2011 11:25
An: info@plage.cc
Betreff: 25 Jahre Plage

Lieber Herr Stockinger,

zum Jubiläum der Salzburger Plattform überweise ich heute auf das Konto der Plattform eine Spende von € 2.500. Ich wünsche Ihnen/Euch, dass Ihnen/Euch der Mut und die Energie nicht abhanden kommen, denn leider ist das Thema wohl noch lange nicht ausgestanden.

Herzliche Grüße - Renate Zundel

Anfang November starb unerwartet im 61. Lebensjahr

Herbert F. Fellner

Sein früher Tod gehört zu jenen, die einen wie benommen zurücklassen, die man fast nicht wahrzuhaben vermag. Nicht nur, weil er der Mann der stellvertretenden Obfrau der PLAGE, Maria Fellner, war. Auch weil er, von Beruf Werbefachmann, seit Gründung der PLAGE als Plattform gegen die WAA Wackersdorf die Plakate und bald dann die PLATTFORM NEWS gestaltete. Das Hervorstechendste am begnadeten Texter Herbert war für mich sein Wortwitz, welcher natürlich auch seinen wachen, ironisch-kritischen Blick auf Zeit und Gesellschaft spiegelte. Zahllose originellste Titel und Schlagzeilen verliehen den PN-Beiträgen einen besonderen Pfiff. Nicht umsonst machte er in jungen Jahren an der Adria ein Radio-Ferienprogramm für österreichische Urlauber in „Dschesolo“ und Umgebung gemeinsam mit – Josef Hader! Da lief der Schmäh... Für mich wird Herberts Talent auch in Jahren noch in X Jahrgängen der PLAGE-Zeitung ruhen.

Daß ihre beiden heute erwachsenen Kinder Andrea und Christopher und Herberts Frau Maria eng zusammenstehen, macht den Verlust nicht geringer, aber für sie wohl verkraftbarer. Wir als PLAGE können Herbert kaum besser ehren als durch die Erinnerung an einige der Highlights unter seinen unzähligen Kreationen.*

Heinz Stockinger

** Hier zum Erörterungstermin für die 440.000 österreichischen Einwendungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage (Sommer 1988).*

Dank an Leopold PRENNINGER!

Der Pionier des Bio-Landbaues in Salzburg hat kürzlich im PLAGE-Büro zusätzliche Regale montiert, die rund 100 Bene-Ordner und/oder Ablagen aufnehmen können. Höchst notwendig! Hat doch PLAGE-Obmann Heinz Stockinger aufgrund seines Pensionsantritts sein Büro an der Universität Salzburg nicht mehr zur Verfügung. Wohin also mit seinem Archiv zur französischen Atompolitik?! Schachteln über Schachteln, Kisten über Kisten...

Aktion! Räumlichkeiten für die PLAGE?!

Platzmangel ist ein immerwährendes Thema. Sympathisant/inn/en der PLAGE-Arbeit, die uns auf längere Sicht Raum zur Verfügung stellen könnten, sind hochwillkommen. Wir bitten in dem Fall um Kontaktaufnahme mit unserem Büro: 0662-643 567 (Mo – Fr 9 bis 12 Uhr), eM: info@plage.cc.

A propos Raumnot! Stadt und Land ...

Die PLAGE ist auch an Umweltlandesrat Walter Blachfellner und an den Bürgermeister der Landeshauptstadt, Heinz Schaden, zwecks Linderung der Raumnot herangetreten. Zunächst wird es ein Gespräch mit der Landes-Gebäudeverwaltung geben.

Im November erreichte die PLAGE folgender Aufruf:

Bitte unterstützen Sie meine

Online Petition – Europäische Energiewende

Gefordert wird:

- **eine europaweite ENERGIEWENDE;**
- **ein Wandel in der europäischen Energiepolitik weg von fossilen, nuklearen Energieträgern zu alternativer Energie (Wind, Solar, Offshore, Wellen);**
- **der Wandel der Mobilität zu umweltverträglichen Mobilitätsformen;**
- **der Ausbau eines europäischen Energienetzes (Smart Grids/ Intelligente Netze);**
- **eine nachhaltige ökologische Steuerreform (CO2 Steuer usw.);**
- **eine gemeinsame europäische Politik, die die Quellen erneuerbarer Energien nutzt;**
- **verpflichtende energieeffiziente Maßnahmen;**
- **ENERGIEWENDE als Weg aus der KRISE.**

Initiator **Robert Riedl** aus Braunau am Inn arbeitet bei Siemens IT / ATOS.net – riedl@atos.net – und wünscht sich: BEWERBEN – WEITERSAGEN – WEITERMAILEN – an FACEBOOK COMMUNITIES – an FREUNDE.

Die Forderungen sind höchst unterstützenswert (Achtung aber bei den Modalitäten des Netzausbaues!). Etwas problematisch allerdings ist es, wenn Einzelpersonen durchaus gute Ideen an NGOs zwecks Verbreitung herantragen. Es besteht das Risiko, daß – zumal nach Ereignissen wie Fukushima – parallel und unkoordiniert ganz ähnliche Einzelinitiativen lanciert werden. Das Schwierige bei Petitionen und ähnlichen Unterschriftenkampagnen ist aber nicht so sehr das Lancieren eines guten Textes, sondern die Knochenarbeit: eben das Koordinieren mit anderen und das Verbreiten!

Roland Mösl in Asien geehrt

„Gusi Peace Prize“ für Salzburger Energie-Vordenker

X-mal trafen wir uns bereits an Info-Ständen des Salzburger Komitees gegen das AKW Zwentendorf, dann zu Wackersdorf-Zeiten und auf verschiedensten Energie-Veranstaltungen. Einig in der Ablehnung der Atomenergie und hinsichtlich der Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Ölwirtschaft, nicht immer einig hinsichtlich des alternativen Energieweges: teilweise schienen Mösls Visionen zu technokratisch, zu wenig umfassend an den Bedürfnissen der Menschen etwa im Wohnbereich orientiert. Beachtung und Auseinandersetzung verdient seine Energie-Vision jedoch allemal, und seine Konsequenz – auch in der eigenen Energiepraxis – hohe Achtung. Die PLAGE gratuliert zu dem Preis, dessen Stifter Barry Gusi, Haupt einer reichen philippinischen Familie, das Preismotiv so umreißt: „Wir sollten internationale Bürger des dritten Jahrtausend werden, die sich gegenseitig helfen, den Frieden zu erreichen.“ Der asiatische Preis für Roland Mösl, der in Grödig-Gartenau bei Salzburg sein Energiebüro betreibt, anerkennt somit die solaren Energien und Energieeffizienz als eine wesentliche Friedensbedingung in heutiger Zeit.

Solarpionier Roland Mösl bei der Preisverleihung in Manila.

Job-Angebot:

Fachkraft gesucht – Interesse, sich mitzuPLAGEn?

Angesichts Fukushimas sind die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten zu atomkritischer Aktion drastisch gestiegen. Um diese Notwendigkeiten und Möglichkeiten noch stärker wahrzunehmen, stellt die PLAGE erstmals eine Fachkraft ein. Eine Förderzusage von Umweltlandesrat Walter Blachfellner auf mindestens drei Jahre hinaus sowie Sponsoren (> s. S. XXX) ermöglichen es, bis zu 30 Wochenstunden anzubieten, Entlohnung nach Landesbediensteten-Schema.

Gefragt sind generell...

- Organisatorische, politische, atomfachliche, sprachliche Fähigkeiten und Erfahrungen
- Konstanz, Verläßlichkeit, Systematik.

... und etwas spezieller:

- Fähigkeit und Willen zu rascher Einarbeitung in das Atomthema bzw. in Teilthemen.
- Überparteiliches und bei Bedarf diplomatisches Handeln, bei durchaus prononciertem, aber allseits offenem persönlichem Standpunkt.
- Sehr gute Sprachbeherrschung in Wort und Schrift (> Gesprächstermine wahrnehmen, Presseaussendungen verfassen...), möglichst auch in Englisch.
- Erfahrung mit einschlägiger oder sehr ähnlicher Tätigkeit in zivilgesellschaftlichen oder öffentlichen Organisationen.
- Und generell sich „für nichts zu schade“ zu sein...

Das gute, offene, kollegiale Arbeitsklima im PLAGE-Büro wird Ihnen entgegenkommen.

Bei Interesse senden wir Ihnen die detaillierte Postenausschreibung mit Anforderungsprofil zu. (Bitte handschriftliche Anfrage ans PLAGE-Büro.)

Große Mengen Cäsium 137 auf Japans Boden

Weite Teile Japans sind nach dem Fukushima-Unglück radioaktiv schwer belastet. Forscher warnen vor landwirtschaftlicher Nutzung und fordern genauere Messungen. Selbst in schwach kontaminierten Gebieten entdeckten die Wissenschaftler hochradioaktive Stellen.

(cib/dpa) Es war einst die grüne und fruchtbare Heimat Tausender Japaner, jetzt ist sie zur Einöde geworden: Die Region um das havarierte Atomkraftwerk Fukushima Daiichi ist radioaktiv kontaminiert – teilweise wird sie wohl für immer unbewohnbar bleiben. Riesige Mengen radioaktiver Partikel wurden durch die Explosionen in den Reaktoren 1, 2 und 3 in die Luft geblasen und auf dem japanischen Erdreich sowie über dem Meer verteilt.

Viele Menschen hoffen dennoch darauf, dass es der japanischen Regierung gelingt, Schulen, Bauernhöfe, öffentliche Einrichtungen und die Häuser von den strahlenden Partikeln zu befreien. 2012 will man mit einer großangelegten Dekontaminationsaktion starten. Schon jetzt ist klar, dass dafür gewaltige Bodenmengen entsorgt werden müssen.

Jetzt haben japanische Forscher im Fachmagazin „Proceedings of the National Academy of Sciences" erstmals eine Untersuchung veröffentlicht, die den Grad der radioaktiven Kontamination beziffert: Die Wissenschaftler um Tetsuzo Yasunari von der Nagoya University berechneten, wie viel Cäsium-137 in Folge des Reaktorunglücks in die Umwelt entwichen ist.

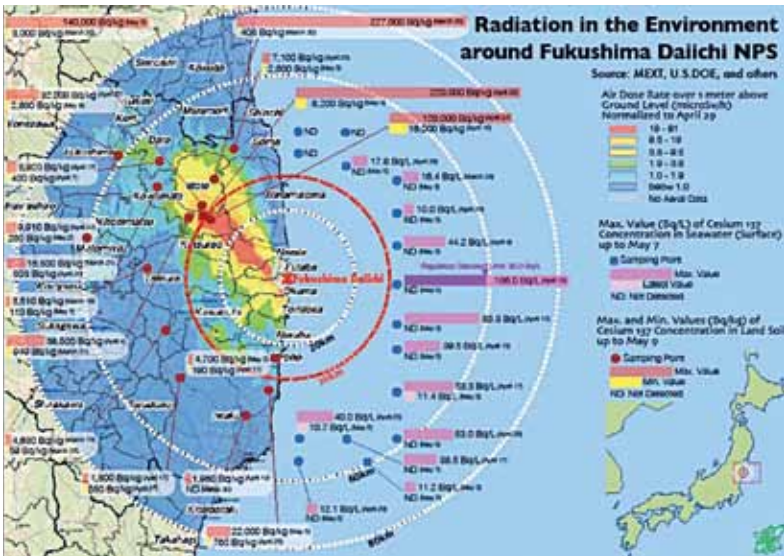
Anhand meteorologischer Daten vom 20. März bis 19. April 2011 schätzten die Forscher jene Cäsium-137-Mengen ab, die in die Atmosphäre und auf den Boden in sämtlichen Präfekturen Japans gelangten. Die Tage zuvor werteten sie nicht: Die kontaminierten Luftmassen seien größtenteils auf den Pazifischen Ozean geweht worden.

Cäsium 137 zerfällt nur sehr langsam

Der Analyse nach wurden vor allem die Böden in weiten Gebieten im Osten und Nordosten des Inselreichs mit Cäsium-137 verseucht. Der Westen des Landes sei von den Bergen weitgehend vor stärkerer Kontamination geschützt worden. Im Gegensatz etwa zu Jod-131, das in acht Tagen zur Hälfte zerfällt, hat Cäsium-137 eine Halbwertszeit von 30 Jahren und ist damit besonders gefährlich: es hat jahrzehntelang Auswirkungen auf die Landwirtschaft und das Leben der Menschen in den betroffenen Gebieten. Man denke an das Cäsium-137 in Pilzen und in Fleisch von Wildschweinen in Bayern und Österreich auch heute noch, ein Vierteljahrhundert nach der Katastrophe von Tschernobyl.

In den meisten östlichen Gebieten Japans, so das Fazit der Wissenschaftler, seien die Böden mit mehr als 1000 Megabecquerel pro Quadratkilometer kontaminiert worden. In den Präfekturen nahe dem AKW-Komplex lägen die Werte sogar bei mehr als 10.000 Megabecquerel pro Quadratkilometer. Am höchsten waren die Werte in unmittelbarer Umgebung zum AKW mit mehr als 100.000 Megabecquerel.

Aus den Werten errechneten die Wissenschaftler die Daten für die Kontamination des Bodens pro Kilogramm. Der Grenzwert der Gesamtbelastung mit Cäsium-134 und Cäsium-137 für landwirtschaftlich genutzte Flächen liegt in Japan bei 5000 Becquerel je Kilogramm Boden. Der Wert in der Präfektur Fukushima übersteigt den Grenzwert, in Miyagi, Tochigi und Ibaraki bleibt er zT nur knapp darunter. In diesen drei Präfekturen seien unbedingt detaillierte Messungen nötig, da die Kontamination lokal stark schwanken könne. In weiten Teilen des Landes lägen die Werte bei über 100 Becquerel pro Kilogramm Boden, in den westlichen Regionen bei etwa 25 Becquerel pro Kilogramm.



Nun müssten regional weitere, direkte Messungen folgen, denn selbst in schwach belasteten Regionen haben die Forscher mitunter hochradioaktive Hotspots entdeckt. Die erstellten Karten könnten aber ein erstes Hilfsmittel für Maßnahmen zur Dekontamination und für die Planung weiterer Analysen sein. Die Beseitigung Cäsium-137-verseuchter Böden sei eine „dringende Aufgabe", so die Forscher. Wo ein Abtragen des Bodens nicht möglich sei, müsse die Nutzung der Flächen eingeschränkt werden.

Verstrahlte Rinder zu Forschungszwecken

In einer weiteren Studie analysierten Wissenschaftler um Takeyasu Yamagata von der Nihon University in Tokio die Verbreitung mehrerer radioaktiver Elemente. Die Forscher kommen ebenfalls zu dem Schluss, dass sich die Werte lokal erheblich unterscheiden können – abhängig von geologischen Gegebenheiten wie Hügelketten oder regional begrenzten Luftströmen.

Mit Atmosphäre und Boden wurden durch das atomare Unglück auch Rinder und anderes Nutzvieh in der Sperrzone um das havarierte Kernkraftwerk schwer belastet. Einen Teil der Tiere ließen die Behörden bereits töten. Landwirtschaftsminister Michihiko Kano erklärte, dass Japan radioaktiv belastete Rinder nun auch zu Forschungszwecken nutzen wolle.

Einzelheiten nannte er jedoch nicht. Japanischen Medienberichten zufolge wird eine Gruppe von Veterinären und anderen Forschern schon in Kürze in der Stadt Minamisoma damit beginnen, Rinder auf ihre Strahlenwerte hin zu untersuchen. Die Stadt liegt innerhalb der Sperrzone, die der Staat im April in einem Radius von 20 Kilometern um das Atomkraftwerk Fukushima Daiichi eingerichtet hat. Viele der etwa 3500 Rinder auf Bauernhöfen sind nach der Evakuierung des Gebietes verwildert.

Der Staat hatte eigentlich im Mai verfügt, aufgegebene Rinder, Schweine und Hühner in der Sperrzone töten zu lassen. Bisher sind laut Medienberichten rund 300 Rinder notgeschlachtet worden. Seit Sommer 2011 sind jedoch einige der ausgesetzten Rinder wieder eingefangen worden: ihre Züchter wollen sie lieber zu Forschungen benutzen als sie sterben lassen.

Forscher der Kitasato University sowie Mitglieder des nationalen Tierärzteverbandes wollen nun mit Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums Bauernhöfe regelmäßig aufsuchen, die zur Kooperation bereit sind, wie die Nachrichtenagentur Kyodo berichtete. Die Forscher erhoffen sich Aufschlüsse über die Folgen von radioaktiven Substanzen im Inneren des Körpers - auch beim Menschen. Die Untersuchungen sollen den Forschern zufolge auch helfen, Maßnahmen zu entwickeln, wie Tiere in Zukunft gegen Strahlen geschützt werden können (?? – Anm.d.Red.).

(Der Spiegel, 15.11.2011, geringfügig geändert)

Polnisches Atomprogramm wird Milliardengrab für europäische Steuerzahler

Laut Märkische Oderzeitung zweifelt ein namentlich nicht genannter Europaabgeordneter der polnischen Regierungspartei „Bürgerplattform“ erstmals die Finanzierbarkeit des Atomprogramms der Regierung Tusk an. Für die Umsetzung seien Kredite europäischer Banken erforderlich, sagte er der Zeitung Dziennik Gazeta Prawna.
Schade, dass hier keine Ratingagentur „Halt“ schreit. Wir wissen schon jetzt: das polnische Atomprogramm wird ein Milliardengrab, weil Atomkraft ohne Subventionen und Bürgschaften nicht finanzierbar ist. Das Energieversorgungsunternehmen PGE (Polska Grupa Energetyczna; über 50% in polnischem Staatsbesitz), das den Bau des ersten, mindestens vier bis fünf Milliarden Euro teuren Atomkraftwerks realisieren soll, wird ohne europäische Gelder nicht auskommen.
Um dies zu verhindern, konnte man sich im Rahmen der Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP) bis zum 4. Januar 2012 gegen den polnischen Atomeinstieg aussprechen. Einen solchen Einspruch hat auch die PLAGE über das Münchner Umweltinstitut eingereicht.
Auch die deutsche Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel an der Spitze wurde aufgefordert zu verhindern, dass wir alle von unserem Steuergeld den Aufbau von Atomkraftwerken finanzieren.

(Quelle: Newsletter vom 8.12.2011, Umweltinstitut München e.V., Landwehrstraße 64a, 80336 München, www.umweltinstitut.org)

Lotto spielen um 8 Milliarden

Studie: ČEZ kann Temelin-Ausbau wirtschaftlich nicht begründen

Kein CSSRnobyl

Pläne des tschechischen Stromriesen ČEZ für zwei neue Reaktoren am Standort Temelín ergeben laut einer Studie der Consulting-Firma Candole Partners in Prag wirtschaftlich keinen Sinn. Die Chance, daß sich das 200-Milliarden-Kronen-Projekt (ca. 8 Milliarden Euro, geschätzte Kosten) rechnen wird, liege bei nur 46%. Das Unternehmen „geht also ein Risiko von 54% ein, daß das Vorhaben schiefgeht“, sagt Jan Ondrich von Candole Partners, die auf Energiepolitik und -märkte spezialisiert sind. Laut Ondrich würden Investoren normalerweise eine 95%ige Gewißheit anstreben, daß ein solches Langzeitprojekt Gewinn abwerfen wird. „Es ist, als würde man eine Münze werfen und Kopf oder Adler auf 8 Milliarden Euro Einsatz wetten.“
Die Studie nahm wohlgemerkt die Projektkosten an, die in den tschechischen Medien kursieren. Und sie rechnet keinerlei Verzögerung für die Fertigstellung der beiden Reaktoren 2023 bzw 2025 ein. Weiters setzten die Autoren jährlliche Strompreiserhöhungen um 2,5% an.
Eine Hauptaussage der Studie ist, daß ČEZ für einen Temelín-Ausbau massiv Geld borgen und dafür hohe Zinsen zahlen wird müssen.
Die nackte Kernaussage der Candole-Partners-Analyse: der Strompreis müßte ungleich stärker steigen als im Schnitt der letzten Jahre und, über die Lebensdauer der neuen Temelín-Meiler gerechnet, € 169 pro Megawattstunde betragen. Dies im Vergleich zum derzeitigen Preis von rund € 50/MWh! „Das kann man nicht als eine gesunde, wirtschaftliche Investition rechtfertigen: das ist nichts anderes als Spielen im Kasino”, so Ondrich weiter.
Die Studie ist ein Schlag ins Gesicht der Pro-Atomhaltung der tschechischen Regierung und von ČEZ mit ihren Hurra-Kommentaren über die Wirtschaftlichkeit eines Atomausbaues. Die blind atomgläubige Regierung könnte natürlich nach Wegen suchen, wie sie die Finanzlast für ČEZ leichter machen könnte. Etwa mit Kreditgarantien. Oder indem sie einen für den Temelín-Betreiber attraktiven Preis festsetzt, zu dem dessen Strom von den Konsumenten gekauft werden muß, “ähnlich wie die vergangenen Anreize für Solarstrom” so Ondrichs Vergleich (bei dem außer acht bleibt, daß Atomenergie über 50 Jahre Entwicklung und staatliche Förderung hinter sich hat, Anm.d.Red.).

Aufstand der Aktionäre?

Wenn das geschieht, könnte die Firma aber sowohl mit den EU-Regeln für Wettbewerb und staatliche Beihilfen übers Kreuz kommen als auch von Minderheitsaktionären geklagt werden, wenn das Unternehmen ein äußerst kostspieliges Projekt weitertreibt, das der wirtschaftlichen Vernunft Hohn spricht.
Ondrich fügte hinzu, daß Frankreich die Strompreise so angelegt hat, daß Großverbraucher einen Stromzuschlag zahlten, um die Kosten für die massive Atom-Expansion zu decken. Dafür wurde ihnen versprochen, daß sie später mit Rabatten auf den Strompreis entschädigt würden. Jetzt werden jedoch diese Tarifgestaltung und die billige Elektrizität für die industriellen Verbraucher von der Europäischen Kommission in Brüssel attackiert, weil sie die Liberallisierung des Strommarktes unterlaufen.
Die drei Anbieter für den Temelín-Ausbau – Areva (F), Westinghouse (US) und ein Konsortium unter der Führung von Atomstroyexport (RU) und der tschechischen Škoda JS – sollen bis zum 2. Juli ihr Anbot legen. Mit welchem der drei der Vertrag geschlossen wird – wenn überhaupt –, soll bis Ende 2013 feststehen.

(Quelle: Tschechische Zeitungen, 18.1.12)

VerSager

TEPCO: „Radioaktive Stoffe gehören den Grundbesitzern, nicht uns"

Während des Prozesses zu einem verstrahlten Golfplatz verblüfften die Anwälte des Fukushima-Betreibers Tokyo Electric Power Company (TEPCO) die Gegenseite und das Gericht mit der Aussage, der Stromkonzern sei nicht für die Dekontaminierung (Entstrahlung) des Geländes verantwortlich, denn er sei ja nicht mehr länger der „Eigentümer" der dort niedergegangenen radioaktiven Stoffe. Eine treffende Antwort gab im Asahi-Blog unter anderem Joshua Maltby von der Pennsylvania State University: „Das ist, als käme ein Mörder ungestraft davon, weil die Kugel ja nicht mehr ihm gehört, sobald sie seinen Revolver verlassen hat."

Hochspannungsleitungen (vgl. S. 12)

Lebensqualität ist mehr wert, als sie jemals bieten können

Etliche 10.000 Euro sind im Einzelfall schon „drin“ für den Grundbesitzer, der jetzt – falls das Land OÖ die 110kV-Freileitung in 1. Instanz genehmigen sollte – sein Land zur Verfügung stellt. Da ist er ganz klar der Gewinner, meint jedenfalls im ähnlichen Fall der umstrittenen Salzburgleitung der Netzbetreiber APG. Ein Trugschluss…

Ist es ein Gewinn, wenn man auf Generationen erschwerte Mäh-, Ernte- und Holzarbeit in Kauf nehmen muss? Ist es ein Gewinn, wenn man sich in dauernder Nähe der Hochspannungsleitung unwohl fühlt, weil es ja vielleicht doch schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit gibt? Wenn Nachbarn, die kein Einspruchsrecht hatten, einem gram sind?
Ist es ein Gewinn, wenn man seinen Kindern und Enkeln die Möglichkeit nimmt, ihren Grund und Boden für ihre Region touristisch einzubringen? Ist es ein Gewinn, wenn man einmal fortziehen will (oder muss!) – doch niemand will dann ein Haus mit so einer Leitung vor der Nase erwerben? Oder wenn die Kinder da nicht bleiben wollen?
Die Antwort kann sich jeder selbst geben. Eins aber ist gewiss: Ein Gewinn für alle wäre die Alternative „Erdkabel“: Es schadet keinem, es funktioniert, und es ist bezahlbar. (Oder sind 69 Cent mehr Stromkosten pro Haushalt im Jahr vielleicht unzumutbar?)
Und ebenso gewiss ist, dass nur der eigentliche Gewinner, die Energie AG, sich ins Fäustchen lacht bei jedem, der seinen Grund für einen Bruchteil seines Wertes aus der Hand gibt.
(Grundgedanken aus einem Leserbrief von Doris Bernhofer an die Salzburger Nachrichten entnommen)

Kontakt: Initiative „110 kV ade!"- Verein Mensch und Energie, c/o Michael Praschma (Schriftf.), 4655 Vorchdorf, Moos 35 – T: 07615/2691

Will 40 neue AKWs

EU-Kommisar Öttinger dreht durch

In der Ende des Jahres herausgekomenen „Energy Roadmap 2050" der EU-Kommission wird die veraltete Risikotechnologie für ihre vermeintlich klimafreundliche, CO2-freie Energieproduktion zu vergleichsweise niedrigen Kosten gelobt. Energiekommissar Öttinger peilt deswegen – nach Fukushima! – 40 neue AKWs in der EU an.
Haben wir richtig gehört? Klimafreundlich, CO2-frei, niedrige Kosten? Beim Uranabbau werden jede Menge gefährliche Umweltgifte frei, ganz zu schweigen von den fatalen Auswirkungen, die ein Super-GAU wie in Fukushima oder Tschernobyl auf Jahrzehnte hat. Zudem ist die CO_2-Bilanz der Atomkraft alles andere als prächtig, berücksichtigt man den gesamten Prozess vom Uranabbau über den immensen Energieverbrauch bei der Anreicherung bis hin zu Rückbau und Endlagerung. Und würde man sämtliche externe Kosten in den Atomstrom einpreisen, wäre er längst um ein Vielfaches teurer als Wasser-, Wind- und Solarenergie.
Wenn EU-Kommissar Öttinger immer noch an die Lügen der Atomlobby glaubt und nicht begriffen hat, dass unsere energetische Zukunft in den Erneuerbaren liegt, bei gleichzeitigem Energiesparen und Effizienzsteigerung, hat er in Brüssel nichts verloren.

(Nach: Umweltinstitut München, Rundbrief v. 14.12.11)

Ökologisch, das e-Book!?

Lag für die Kinder oder Enkel – weil sie eh schon den ganzen elektronischen Tand haben, ohne den es einfach nicht geht – diesmal ein e-Book unterm Weihnachtsbaum? Steht im Prospekt vielleicht gar etwas von „Umweltfreundlichkeit“? Auf den ersten Blick ja auch einleuchtend, nicht? So viele Bücher quasi elektronisch gespeichert in einem! So viel Papier, so viele Bäume gespart! Und die Papierindustrie ist ja wahrlich auch nicht die sauberste...
Nun, immerhin handelt es sich um ein Gadget voller Plastik. Und um einen Stromfresser, der mit einer Lithiumbatterie arbeitet. Mehrere Studien aber haben die ökologischen Vorteile von Papierbuch und e-Book detailliert untersucht, berichtet das französische Wirtschaftsmagazin Les Echos (7.12.2011). Laut ihren Berechnungen fällt die Kohlendioxidbilanz für das e-Book verheerend aus: 133 Kilo CO_2 beim Kindle, das ist hundert Mal mehr als beim herkömmlichen Buch. Doch halt! Das e-Book ist umweltverträglicher, sobald es den Kauf von mehr als 40 Papierbüchern ersetzt, nicht?
Sogar in dem Fall geht die Öko-Rechnung für das strombetriebene „Buch“ nicht auf: Eines aus Papier hält Jahrzehnte, während das e-Book nur ein Jahr Bestandsgarantie hat. Ersteres ist fast nicht umzubringen, haltbarer geht's kaum. Ein paar Wochen nach der Anschaffung hingegen finden sich viele e-Bücher zum halben Preis auf e-Bay wieder, und in zwei Jahren schaut das heutige Modell gegenüber dem dann aktuellen schon wieder alt aus...
Und egal, wie und wann das Ende kommt: wenige Dinge sind so gut wiederverwertbar wie Papier!

(Nach: Le Canard encnhaîné, 21.12.2011)

Energieleitbilder in Salzburg: Lippenbekenntnisse zum Quadrat!

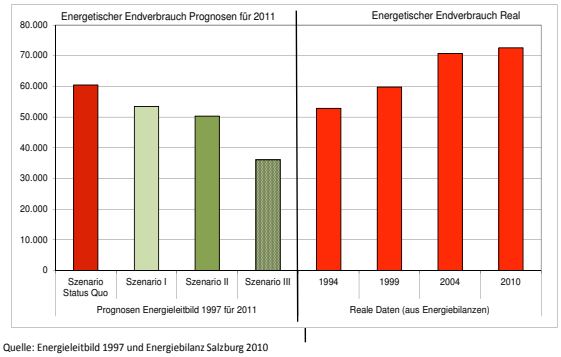
Seit einem Vierteljahrhundert – seit den großen nationalen „Energie-Schlachten“ um das AKW Zwentendorf und das Donaukraftwerk Hainburg – wurden in und für Stadt und Land Salzburg eine ganze Latte von Studien zur Reform der Energiepolitik erstellt. Je mehr, desto folgenloser, ist man versucht zu sagen. Vom **1. „Salzburger Energieleitbild“ 1985** bis zur Studie von **A. T. Kearney & Austrian Energy Agency 2009** wurde nahezu nichts umgesetzt. Schon gar nicht systematisch. Das Resultat „kann sich sehen lassen“, so unübersehbar ist es:

Erich Mild, Geschäftsführer des Salzburger Tennisverbandes und zugleich Politikwissenschaftler, hat in den vergangenen Jahren für verschiedene wissenschaftliche Publikationen die Umwelt- und Energiepolitik des Bundeslandes genauer unter die Lupe genommen. Am 9. Jänner 2012 stellte er in der Robert-Jungk-Zukunftsbibliothek die Ergebnisse vor. Die anwesenden Interessierten im vollen Saal wußten es ja: mit Ausnahme der beharrlichen Initiativen einiger Energiebeamter ist in Stadt und Land so gut wie nichts „weitergegangen“, und schon gar nicht systematische, gesamthafte Energiepolitk. WIE eklatant politisches Reden und Handeln im Zeitraum von 25 Jahren auseinanderklaffen, hat in der geballten und klaren Übersicht aber doch alle verblüfft. **„Ambitionierte Pläne und praktisches Scheitern: Energieleitbilder und ihre Nicht-Umsetzung in Salzburg 1985 – 2010“** war eine ebenso nüchterne wie niederschmetternde Analyse der Untätigkeit. Der Eindruck war umso stärker, als E. Mild weder in Ton noch Wort je dick auftrug. Mehrfach kam der Wunsch auf: „Unbedingt müßten sich Landtag und Gemeinderat Ihren Vortrag anhören!“, und alle pflichteten bei.

Im anwesenden PLAGE-Vertreter kamen Erinnerungen an Landtagssitzungen hoch, in denen die hierzulande seit Tschernobyl risikolosen Bekenntnisse zum Atomfrei-Kurs mit allgemeinen Aussagen für eine zeitgemäße Energiepolitik abwechselten. Und wo zB Umweltlandesrat Othmar Raus (SPÖ) – in Atomangelegenheiten ein seriöser Gesprächspartner der PLAGE – für die LAbg. Heidi Reiter von den GRÜNEN nur hämisch-flapsige Bemerkungen übrig hatte, wenn sie eben die Umsetzung des Energieleitbildes von 1985 und ähnlicher Konzepte, Beschlüsse usw. einforderte. Mit denen sich die Landespolitiker doch selber verpflichtet hatten!

Zielverfehlung Energieleitbild 1997

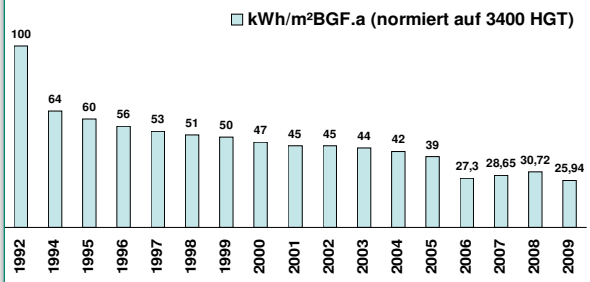
Prognosen und realer Endenergieverbrauch



Quelle: Energieleitbild 1997 und Energiebilanz Salzburg 2010

Heizwärmebedarf

geförd. Wohnungsneubau 1992-2009 Salzburg



Quelle: Energiereferat 4/04 des Amtes der Salzburger Landesregierung, 14. Juni 2010

Stellenwert des Erfolgs des Energiepunkte-Zuschlagsmodells

- Erfolge beim Neubau bremsen nur den Anstieg von Energieverbrauch und Emissionen
- Reduktionen von Energieverbrauch und Emissionen sind nur im Bereich Sanierung möglich
- Vorsichtige Schätzung:
  - Sanierungsraten in Salzburg: ca. 1% jährlich
  - Jährlicher Saldo aus Einsparungen durch Sanierung und Zuwächsen durch Neubau ca. - 0,1 – -0,2% Emissionen im Bereich Raumwärme

hot spots

INTERNATIONAL – SPANIEN

Das AKW Santa Maria de Garoña an der spanischen Westküste, 446 Megawatt Leistung, gebaut in den späten 1960ern, ist nach der kürzlichen Schließung von Oldbury-2 diesen Februar der älteste arbeitende Atommeiler der Welt. Allerdings sollte es eben das ab Februar 2012 nicht mehr sein. Denn die sozialistische Vorgängerregierung hatte 2009 beschlossen, daß der Mark-1-Reaktor – vom Siedewassertyp wie Fukushima – 2012 endgültig abgeschaltet werden sollte. Anfang des Jahres nun hat die neue, konservative Regierung diesen Besschluß widerrufen.

Der Nukleare Sicherheitsrat (Consejo de Seguridad Nuclear / CSN) prüft derzeit die technischen Voraussetzungen für eine Betriebsverlängerung und die eventuell erforderlichen Nachrüstungen. Nach CSN-Lob schon für die von der EU angeordneten „Streßtests“ kann man sicher sein, daß die Mitlieder des CSN nichts gegen den Weiterbetrieb in Santa Maria de Garoña haben werden... (Nach: WORLD NUCLEAR NEWS, 6.1.2012)

Schulklasse auf AKW-Ausflug

Andere Staaten machen's vor – Starkstromgesetz ändern

Petition pro Erdkabel im Nationalrat

Mit einer gesetzlichen Neuregelung und flankierenden politischen Initiativen soll das Parlament die Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen fördern – so wie es eine Reihe anderer europäischer Staaten vormachen. Vorbild könnte etwa Deutschland sein, wo neue Hochspannungsleitungen bis einschließlich 110 kV „in der Regel" als Erdkabel gebaut werden sollen. Damit inzwischen keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, sollen Bund und Länder außerdem "ihre" Netzbetreiber dazu anhalten, alle nicht unmittelbar notwendigen Freileitungspläne auf Eis zu legen... (Vgl. auch S. 10 oben.)

Näheres unter: http://www.110kv-ade.at/blog/petition-pro-erdkabel-liegt-dem-nationalrat-vor und http://www.110kv-ade.at/sites/default/files/Petit.Nationalrat.pdf (N.B.: Immer wieder technische Probleme beim Server des Parlaments. Es dauert teils sehr lange, bis das Bestätigungs-Mail kommt. Dieses muss notabene nochmals bestätigt werden. Im Zweifelsfall Eingabe wiederholen! Die 110kV-Initiative hat sich schon beschwert...)

PLAGE LESE TAGE

Besprechung eines fragwürdigen Buches in PN 2/11

Als PN-Redakteur entschuldige ich mich für die Besprechung von Holger Strohm: *Das Wunder des Seins und seine Zerstörung* in der vorigen Ausgabe. In Erinnerung an Strohms umfassend recherchierte Aufklärung über die Atomwirtschaft in seinem bahnbrechenden, mehrfach aufgelegten Buch der 1970er *Friedlich in die Katastrophe* und im Vertrauen auf das Vorwort des ehemaligen SPD-Energiesprechers im Bundestag, Michael Müller, übernahm ich große Teile von letzterem. Und las das Buch – erwartungsvoll – erst in der Folge. Nur so viel von meinen Eindrücken: Grobe sprachliche und begriffliche Unsauberkeiten (zB der Umgang mit dem Begriff „Liebe"); eine Unmenge kleinerer und größerer Widersprüche zwischen verschiedenen Teilen/Punkten des Buches; Zitate ohne oder mit sehr ungefährer Quellenangabe; und nicht ein Funken Humor. Dieser kann einem zwar angesichts der „Zerstörung des Seins" vielfach vergehen, doch der totale Ernst mit nicht einmal einer Prise Galgenhumor nimmt sich selber gar zu... ernst. A propos Humor: mag sein, daß diese Distanzierung Sie dazu ja animiert, sich das Buch nun überhaupt erst zuzulegen!?...

TERMINE

Auf den Tag genau 1 Jahr ...

11. März 2012 – **Große Menschenkette durch das Rhônetal,** die "nuklearste" Region Europas: Auf den Tag genau ein Jahr nach Ausbruch des atomaren Desasters in Japan wird eine der längsten Menschenketten aller Zeiten in der Region mit der dichtesten Konzentration nuklearer Aktivitäten innerhalb Europas im französischen Präsidentschafts-Wahlkampf ein unübersehbares Zeichen an die Anwärter/innen auf das höchste Amt aussenden. Insbesondere auf die Spitzenkandidaten, den amtierenden Nicolas Sarkozy von der konservativen UMP und den Sozialisten François Hollande, soll mit der Erinnerung an die apokalyptischen Bilder von Fukushima Druck ausgeübt werden. Nicht zu vergessen die Chefin der extrem rechten Front National (FN), Marine Le Pen, die in den Umfragen den beiden auf den Fersen ist; denn da das Atom-Establishment über die Jahrzehnte geradezu die französische Identität an die nukleare Führungsrolle der sowieso „Grande Nation" zu koppeln vermocht hat, hat sich gerade auch in Teilen der FN der „Atomstolz" quasi religiös verankert.
Schon seit einiger Zeit laufen Aktionen, die gleichzeitig lokale Probeläufe für die große Kette zum 1. Fukushima-Jahrestag sind: Jeden 4. Sonntag eines Monats bilden sich auf Teilstücken im ganzen Rhônetal Menschenketten. Jedesmal kommen hunderte Leute in guter Laune und wie bei einem Familienfest zusammen.

Pb.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3-4 mal pro Jahr
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc

I M P R E S S U M

PLATTFORM NEWS

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.
Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.
Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau